

EIL-A6 We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7. .7.3 Inhaltliche Anträge
Status: Modifiziert

1 In den meisten Städten in Deutschland ist das Thema Wohnen zu einer
2 existentiellen Frage geworden. Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen
3 leiden darunter, dazu gehören meistens auch Studierende. Neben finanziellen
4 Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale eine Rolle, aufgrund dessen
5 bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Im
6 studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische Studierende, die während
7 der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer Erhöhung, Ausweitung und
8 Anpassung an lokale Gegebenheiten der BAföG-Leistungen fordert Campusgrün
9 weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um die Verteuerung von
10 Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum wieder mehr an die
11 Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem Beschluss
12 „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr 2013 sieht
13 Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

14 **1. Verschärfung der Mietpreisbremse**

15 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich in Teilen als wirkungslos und
16 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
17 Regionen, Wiedervermietungsmieten liegen oftmals weiterhin über der
18 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
19 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
20 Mietpreisbremse:

- 21 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
22 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
23 ausschlaggebend sind
- 24 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
25 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 26 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
27 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 28 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
29 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 30 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
31 Mieter*innen einführen

32 **2. Schluss mit Spekulationen – Nachhaltiges und sozial-verträgliches Bauen statt 33 leeren Wohnflächen!**

34 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
35 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende

36 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
37 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
38 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen als
39 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
40 Wohnraummangel entgegenwirken, wenn der Flächenfraß dadurch minimiert wird. Es
41 müssen Anreize für Investitionen in Neubauten und vor allem in ökologische und
42 nachhaltige Nachverdichtungen geschaffen und Nichtbebauung von Flächen sowie
43 Leerstand von Gebäuden sanktioniert werden. Campusgrün fordert daher:

- 44 • Baulandsteuer bei der Nichtbauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich zu
45 der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 46 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 47 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 48 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen steuerlich begünstigen

49 **3. Förderung bezahlbaren Wohnens**

50 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
51 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau, um den
52 Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem
53 Einkommen sind vor allem auf sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind
54 zusätzlich noch auf ausreichende und bezahlbare Wohnraumplätze und auf eine
55 angemessene BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht
56 gegeben. Daher fordert Campusgrün:

- 57 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
58 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 59 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen und
60 zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 61 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
62 Wohnheimplätzen über den Bund
- 63 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

64 **4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen**

65 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
66 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.
67 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.
68 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:
69 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter
70 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

71 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)
72 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)